

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise  
finden in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: SW. 68, Cindestrasse 3  
Zentralredaktion: Dönhofs 292-297  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

10 Pfennig

Mittwoch

16. Dezember 1925

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Goldfischstr. 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Cindestrasse 3  
Zentralredaktion: Dönhofs 292-297

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Doumer statt Loucheur?

### Verschiebung nach rechts? — Umsatzsteuerverdoppelung statt direkter Steuern.

Paris, 16. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem die Finanzkommission gestern das Ersuchen Loucheurs um Weisungen für die Aufstellung eines neuen Sanierungsprogramms mit einer unbehüllten Abfage beantwortet hatte, ist Loucheur nach einer neuen Aussprache mit Briand spät abends zurückgetreten. In einem Schreiben an Briand begründet Loucheur seinen Rücktritt mit der Ablehnung der von der Regierung versuchten Verständigung über die Vorlagen durch die Finanzkommission; diese Vorlagen, die die Zustimmung des Ministerrats gefunden hätten, seien ausgearbeitet worden in dem Wunsch, dem Lande die wahre Situation vor Augen zu führen und ihm den Weg zu zeigen, der aus den finanziellen Schwierigkeiten hätte herausführen können. Er hätte zwar sehr schwere Opfer verlangt, diese aber seien unbedingt notwendig. Um die finanzielle Sanierung nicht durch Personenfragen zu verzögern, habe er, Loucheur, sich entschlossen, sein Rücktrittsgesuch einzubringen.

Briand hat noch ebensden Vorsitzenden der Finanzkommission im Senat Doumer zu sich berufen und die Blätter wollen wissen, daß dieser das Finanzministerium bereits im Prinzip angenommen habe. Doumer war, wie erinnerlich, von Briand bei der Konstituierung seines Kabinetts als Finanzminister in Aussicht genommen. Das von ihm proklamierte Finanzprogramm, das eine Verdoppelung der Umsatzsteuer vorsah, war jedoch auf so entschiedenen Widerstand der Linken gestoßen, das Briand auf Doumers Berufung verzichtete und dafür Loucheur nahm. Sein Finanzprogramm hatte wenigstens den Vorteil, daß es die zum Ausgleich des Budgets notwendigen Mehreinnahmen durch energischen Zugriff auf die direkten Steuern beschaffen wollte. Seine Ersetzung durch Doumer könnte nur als eine weitere Verschiebung des politischen Schwergewichts der Regierungskoalition nach der Mitte bzw. nach rechts angesehen werden.

Heute vormittag traten die Minister unter dem Vorjah Briands zusammen. Wie Havas berichtet, scheint Briand geneigt, Senator Paul Doumer zum Nachfolger Loucheurs zu berufen. Jedenfalls hatte Briand mit ihm gestern abend eine lange Unterredung. Havas hält es für möglich, daß die Ernennung Doumers noch heute vormittag erfolgt. Doumer hatte übrigens in dem nach der Konferenz von Cannes zurückgetretenen Kabinett Briand ebenfalls den Posten des Finanzministers inne.

### Gemeinsame Linkskandidatur für den Vizepräsidentenposten.

Paris, 15. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Delegierten der Kartellfraktionen der Kammer haben am Dienstag den sozialistischen Abgeordneten Mistral, Bürgermeister von Grenoble, als gemeinsamen Kandidaten für den seit der Ernennung Alexander Barennes zum Generalgouverneur von Indochina unbesetzten Posten eines Vizepräsidenten der Kammer aufgestellt. Die Wahl im Plenum wird am Donnerstag erfolgen.

### Türkischer Protest gegen Greuelbeschuldigung.

Genf, 16. Dezember. (U.) Die Veröffentlichung der Ergänzungsbereichte über die angeblichen türkischen Greuelthaten im Mossul-Gebiet durch drei Beamte der Untersuchungskommission des Völkerbundes hat die türkische Delegation veranlaßt, ein Protestschreiben an den Generalsekretär zu richten, in dem sie energisch gegen die Art der Stimmungsmache Stellung nimmt und Beeinflussung von politisch bedeutsamen Entscheidungen durch tendenziöse Berichte behauptet.

### Damaskus wieder beschossen.

Paris, 16. Dezember. (U.) Nach Meldungen aus Beirut haben gestern früh in Damaskus zwischen französischen Truppen und eingedrungenen Drusen heftige Straßenkämpfe stattgefunden. Die Drusen unternahmen ihren ersten Angriff Montag früh. Die Franzosen konnten zunächst die Angreifer zurückschlagen, bei einem zweiten Angriff am Abend gelang es den Drusenabteilungen aber in die Stadt einzudringen. Die Franzosen haben deshalb Damaskus erneut mit schwerer Artillerie, Maschinen-gewehren und Kampfflugzeugen beschossen. Der französische Oberkommissar plant die Verlegung der Hauptstadt von Damaskus nach Aleppo, weil dadurch die Niederwerfung des Aufstandes erleichtert würde.

### Gerüchte um Eupen-Malmedy.

Brüssel, 16. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Gegenüber Angriffen der nationalistischen Presse wegen abgebliebener Verhandlungen, die in Vercors und Londen über die Rückgabe oder den Rückkauf Eupen-Malmedys geführt worden seien, erklärt das Außenministerium, daß daran kein wahres Wort sei und daß der Außenminister keinerlei Verhandlungen über Eupen-Malmedy angeschlossen habe. Der Wortlaut der amtlichen Meldung scheint jedoch nicht auszuschließen, daß von anderer Seite und nicht in Vercors oder Londen, solche Verhandlungen angeschlossen worden sein könnten. Ihr Vertreter glaubt auf Grund seiner Kenntnis der Dinge annehmen zu müssen, daß die belgische Regierung einem Rückkauf Eupen-Malmedys durch Deutschland gegenwärtig eher abgeneigt ist, vor allem auch weil sie gegen die damit verbundene Durchbrechung der Versailles Bestimmungen Einsprüche namentlich aus Paris und Warschau befürchten müßte.

### Die neue estlische Regierung.

Die neue estlische Regierung, vom Parlament in Reval mit 45 gegen 33 Stimmen gewählt, besteht aus Jan Teemant (Bauernvereiner), Außenminister; Professor Phip (Arbeiterpartei), Inneres; Einbund (Bauern), Krieg; Soots (Bauern), Unterricht; Rattil (Christlicher Demokrat), Finanzen; Sepp (Unabhängiger), Justiz; Kalibs (Arbeiterpartei), Verkehrsministerium; Amberg (Christl.), Wohlfahrt; Kaarna (Arbeiterpartei), Landwirtschaft. Teemant, der Präsident der estnischen Anwaltsvereinigung, war Vorsitzender des estnischen Nationalkongresses von 1905.

## Ergebnis der Parteiführerbesprechung.

### Heute abend Entscheidung der Fraktionen.

Die Parteiführerbesprechung hat heute von 10 bis 1 Uhr gedauert. Das Ergebnis der Besprechung war, daß Dr. Koch die Erklärung abgab, daß er seinen Entwurf eines Programms einer Abänderung unterziehen werde. Diese Abänderung wird bis 7 Uhr abends fertiggestellt sein. Sie wird dann den Fraktionen vorgelegt werden. Sind die Fraktionen mit dem abgeänderten Programm einverstanden, so wird morgen 10 Uhr weiterverhandelt.

## Einigung in der Labourparty.

### Schärfere Opposition.

London, 16. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In der letzten Fraktionsführung der Arbeiterpartei hatte eine Gruppe linksstehender Abgeordneter eine Entschliessung eingebracht, durch die die Arbeiterpartei auf eine radikalere Opposition im Unterhaus im Sinne der seinerzeit von den irischen Abgeordneten durchgeführten Obstruktionspolitik festgelegt werden sollte. Insbesondere sollten in Zukunft alle interfraktionellen Vereinbarungen mit den Konservativen wegsfallen. Diese Vorschläge standen am Dienstag in der Fraktion zur Beratung. Dabei kam eine Einigung über die künftige Parlamentsstiftung zustande: Die Exekutives der Partei gab die Zusicherung, in Zukunft die Opposition im Parlament in schärferer Tonart zu führen. Daraus wurde die von Landsbury und Wedgwood eingebrachte Entschliessung zurückgenommen.

## Genfer Entscheidung über Mossul.

### Zu Sinne Englands.

Genf, 16. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die letzten vertraulichen Sitzungen des Rates haben angeblich zu einer Einigung in der Mossul-Frage geführt und zwar heißt es, daß die sogenannte provisorische Brüsseler Linie als endgültig bestätigt worden ist, während der Rat andererseits den Abschluß von wirtschaftlichen Abkommen zwischen dem Irak und der Türkei als Bedingung festgelegt haben soll. Die Entscheidung beruht, wie verlautet, im übrigen auf der Voraussetzung, daß das britische Protektorat über den Irak um 25 Jahre verlängert wird. Der britische Minister Chamberlain soll sich zu dieser Frage im Rate dahin geäußert haben, daß die englische Regierung bereit sei, sofort eine entsprechende Vorlage im Parlament einzubringen. Am Mittwoch soll in einer öffentlichen Sitzung der Völkerbundrat die endgültige Entscheidung fällen (womit allerdings noch nicht gesagt ist, daß der Konflikt beigelegt sein würde, den die Türkei hat sich bisher nicht verpflichtet, den Spruch des Rats anzunehmen. Red. d. B.).

## Noch keine Entscheidung!

London, 16. Dezember. (B.Z.) Reuter erfährt, daß die Berichte aus Genf, wonach Chamberlain dringend nach London wegen eines endgültigen Kabinettsbeschlusses darüber telegraphiert habe, ob Großbritannien bereit sei, sein Mandat im Irak um weitere 25 Jahre zu verlängern, in verantwortlichen Kreisen keinen Glauben finden. Es sei bekannt, daß die britischen Vertreter in Genf täglich mit ihren Kollegen in London in Fühlung stünden und im vollen Besiz der Ansichten des Kabinetts über die Mossulfrage seien. Verschiedene Kabinettsitzungen seien zu diesem Zweck vor der gegenwärtigen Tagung des Völkerbundrats abgehalten worden, in denen die Mossulfrage sehr gründlich beraten worden sei, und der britischen Delegation endgültig Anweisungen erteilt worden seien. Die gesamte Lage werde für äußerst heikel angesehen, und es bestehe die ausgesprochene Abneigung, im gegenwärtigen Zeitpunkt irgend einen Kommentar zu geben, der möglicherweise eine nachteilige Wirkung auf die Genfer Verhandlungen haben könnte, die, wie man glaube, ihren Höhe-

## Briand in Gefahr?

### Vor einer Umgruppierung der Mehrheit.

(Von unserem französischen Korrespondenten.) Dieser Artikel wurde unmittelbar vor dem Rücktritt Loucheurs verfaßt, hat aber an Aktualität durch die geplante Berufung Doumers ins Finanzministerium nur gewonnen.

Die Redaktion des „Vorwärts“.  
Paris, 15. Dezember.  
Am ersten Tage des Kabinetts Briand touchte bereits die Frage auf: Ist die neue Regierung lebensfähig? Ihre kritische Lage zeigte sich besonders im Verlauf der entscheidenden Abstimmung, bei der sich fast die Hälfte der sozialistischen Abgeordneten der Stimme enthielt. Auf die Dauer aber wird das Kabinett Briand von Stimmhaltungen nicht leben können. Zwar erklärt Briand, daß ihn in dieser schweren Zeit eine einzige Stimme Mehrheit veranlassen würde, das Ruder in der Hand zu halten. Er ist immerhin der erste, der sich Rechenschaft darüber gibt, daß Waldeck-Rousseau sich einst nur deshalb mit einer so knappen Mehrheit in der Kammer zufrieden geben konnte, weil er im Senat starke Unterstützung fand. Auch Briand erweist sich im Senat zweifellos eines großen Ansehens; aber die Fragen, die in den nächsten Tagen zur Entscheidung stehen, schließen jede Voraussage über die Stellungnahme der verschiedenen bürgerlichen Gruppen in den beiden Kammern völlig aus.

Eines steht gegenwärtig fest: Zum erstenmal seit Mai 1924 ist das Linkskartell wirklich in Gefahr. Was ihm droht, ist weniger ein Auseinanderfallen, als die Gefahr, daß es die Mehrheit verliert. In dieser Hinsicht darf die Bedeutung eines Vorganges in der letzten Woche nicht unterschätzt werden. Briand hat, um einen Teil des Zentrums der Kammer für sich zu gewinnen, der Radikalen Linken in seinem Kabinett wichtigere Posten eingeräumt, als das bisher der Fall war. Er hat den beiden führenden Köpfen dieser Fraktion, Loucheur und Paul Morel, die Verwaltung der Finanzen übertragen. Er scheint aber dabei übersehen zu haben, daß beide Politiker schon längst die Mehrheit der Radikalen Linken nicht mehr hinter sich hatten. Das bestätigte die vor einigen Tagen erfolgte Wahl des Abgeordneten Raoul Péret zum neuen Vorsitzenden der Fraktion der Radikalen Linken. Sie ist ein Beweis dafür, daß sich die Mitglieder dieser Fraktion, die bisher den rechten Flügel des Kartells bildeten, nach ihrer früheren Stellung als linker Flügel des Nationalen Blocks zurückschwenken. Raoul Péret war der Kammervorsitzende während der Herrschaft des Nationalen Blocks. Er hat die Politik Poincarés nach Kräften unterstützt und noch kurz vor den Wahlen des Jahres 1924 eine große Rede gegen die Linke gehalten. Seitdem blieb er etwas im Hintergrund. Aber als das Kabinett Briand gebildet wurde, gab er sich alle Mühe, Minister zu werden. Nur das „unerwünscht“, das die Sozialisten und Radikalfürsprecher über ihn aussprachen, hat seiner Laufbahn als Minister vorläufig einen Riegel vorgeschoben. Seine Wahl zum Nachfolger Morels als Vorsitzender der Fraktion der Radikalen Linken kann jedoch weitergehende Folgen haben, als selbst seine Ernennung zum Minister. Die Rede, mit der Raoul Péret seiner Fraktion für die Wahl zum Vorsitzenden dankte, zeigt, wie recht die Linksparteien hatten, als sie sich seinem Eintritt in das Kabinett Briand widersetzen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Radikale Linke endgültig entschlossen ist, der Parole des Nationalen Blocks der „Union Sacrée“ — der „Heiligen Einigkeit“ der bürgerlichen Gruppen aus vollem Herzen Gefolgschaft zu leisten. Raoul Péret arbeitet von vornherein dahin, die Sozialisten nicht nur von der Regierung, sondern auch von der Regierungsmehrheit auszuschließen. Er ging dabei weiter als eine gewisse Gruppe des Nationalen Blocks um André François-Poncet, die für eine „ganz große Koalition“ schwärmt, die etwa von Léon Blum bis Poncet selbst und seinen Freunden Maginot, Reibel usw. reichen sollte.

Die Radikale Linke unter Führung Raoul Pérets zählt etwa vierzig Mann, von denen höchstens zehn nach links neigen. Das Bestreben dieser Fraktion wird voraussichtlich dahin gehen, die ebenfalls vierzig Mann starke Gruppe der Vinsrepublikaner, die gegenwärtig den linken Flügel der Rechtsopposition bilden, und die etwa fünfzehn Abgeordnete zählende Gruppe um Le Trocquer-Landry, die sich jüngst von der Gruppe Millerand-Maginot abspaltete, zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzufassen, die stark genug wäre, um bei jeder Mehrheitsbildung nahezu eine ausschlaggebende Rolle zu spielen. Aber selbst die 139 Radikalfürsprecher, die 40 Republikanischen Sozialisten (Gruppe Poincaré), die 40 Vinsrepublikaner und die 15 Mann um Le Trocquer verfügen zusammen nur über 274 Stimmen, also nicht über die absolute Mehrheit, da die Kammer 583 Abgeordnete zählt. Diese Koalition der Mitte könnte sich stets nur durch Stimmhaltung der Sozialisten eine Abstimmungsmehrheit verschaffen. Aber alle Welt ist sich natürlich darüber klar, daß die sozialistische Partei die Stimmhaltung nicht zu ihrem System machen wird.

Zwei Entwicklungsmöglichkeiten sind gegeben. Entweder kehren die Sozialisten wieder zur Regierungsmehrheit zurück, dann ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß die Radikale Linke unter der neuen Führung Raoul Pérets zusammen mit den rechts von ihr stehenden „Links“-Gruppen endgültig wieder in das Lager der Opposition abswenkt oder die Ereignisse gestalten sich so, daß die Regierungspolitik von der „Heiligen

Einigkeit" des Bürgerblocks der Mitte getragen wird. Dann ist bestimmt damit zu rechnen, daß nicht nur die Sozialisten, sondern auch ein sehr großer Teil der Radikalsozialisten und die meisten Sozialistischen Republikaner in die Opposition übergehen. Im ersten Fall wäre eine feste Regierungsmehrheit fast unmöglich; im letzteren wäre die Bildung einer auf die Rechte gestützten Mehrheit fast ausgeschlossen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Briand selbst sich zwar mit einer Mehrheit von einer Stimme zufriedengeben will, aber mit keiner Mehrheit, die sich auf die Rechtsgruppen stützt. Auch im Lager des Nationalen Blocks gibt man sich über die Schwierigkeiten keiner Täuschung hin. Nur aus diesem Grunde ist zu verstehen, daß man von dort die „Union Sacrée“ predigt, da die Rechte keinen anderen Ausweg sieht, um wieder an die Macht zu kommen. Unter diesen verwickelten Umständen ist es kein Wunder, daß bereits jetzt die Möglichkeit einer Kammerauflösung vor Ablauf der Legislaturperiode im Jahre 1928 immer wieder erwogen wird. Einstweilen verspürt jedoch niemand große Lust zu einem neuen Wahlkampf. Aber die bevorstehenden Auseinandersetzungen über die Wahlreform erhalten unter diesen Umständen einen hochpolitischen Charakter.

### Konzentrationstendenzen in den Gruppen der Mitte.

Paris, 16. Dezember. (WZ.) Die Mitglieder der jüngst in der Kammer gegründeten „unabhängigen Linken“ beschloßen gestern unter dem Vorsitz des ehemaligen Ministers Le Trocquer, sich mit den benachbarten Fraktionen in Verbindung zu setzen, um eine neue, die Mittelparteien umfassende Fraktion zu gründen.

## Was wir brauchen.

### Eine Auslandsanleihe für die Kirche.

Auslandsanleihen sind nach der Ansicht unserer „Fachleute“, des Herrn Reichsbankpräsidenten, der Referenten des Finanzministeriums und der Vertreter der sogenannten „Wirtschaft“ eine sehr zweischneidige Sache. Für die Gemeinden und Länder besteht zur Verhinderung von Auslandsanleihen für „unproduktive Zwecke“ die bekannte Reichsberatungsstelle. Dort wird rücksichtslos mit den widerwärtigsten Argumenten jede Anleihe einer deutschen Kommune zusammengestrichen, wenn ihre Ausgabe nicht unbedingt notwendig ist und wenn kein Mensch mehr sagt, die Produktivität einer solchen Anleihe zu bestreiten, dann wird sie doch mit dem Köpfe auf ein Viertel des notwendigen Betrages zusammengestrichen. In Berlin geht z. B. die Praxis der Reichsberatungsstelle so weit, daß die Stadt Berlin gezwungen wird, auf jeden Ertrag ihrer Elektrizitätswerke zu verzichten. Sie muß den letzten Pfennig in Bauten hineinstecken, Anleihen gibt es nicht und den Ausfall im städtischen Etat darf sie gnädigst durch Steuererhöhungen wieder wettmachen. Man sollte deshalb meinen, daß wir Auslandsanleihen nicht gut gebrauchen können. Aber das ist ein Irrtum und über diesen Irrtum klärt uns die folgende Meldung auf:

München, 16. Dezember. (WZ.) Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ erfahren von gut unterrichteter Seite, daß die zuständigen katholischen Kirchenstellen der bayerischen Diözese seit längerer Zeit Verhandlungen wegen des Abschlusses einer Anleihe in Höhe von zehn Millionen Dollar gepflogen haben. Die Anleihe soll in erster Linie zur Erbauung neuer Kirchen vor allem in bayerischen Großstädten Verwendung finden. Die Bürgerschaft für die Anleihe soll die Kirchensteuer bilden. Bei einer kirchlichen Stelle ist die Nachricht eingetroffen, daß die Anleihe zustande gekommen ist und der Vertrag unterzeichnet wurde. Der „Bayerische Kurier“ meldet dazu, daß als Repräsentant des bayerischen Vertragsstellen der Erzbischof von Bamberg als Vorsitzender des bayerischen Diözesanverbandes auftritt.

Das also ist es, was wir brauchen. Eine Auslandsanleihe für den Bau neuer Kirchen. Die Wissenschaft wird durch neue Anwendung des Begriffs „produktiver Zweck“ sehr wesentlich bereichert. Denn wenn man eine Auslandsanleihe für Kirchenneubau aufnehmen will, so muß man diesen Zweck doch wohl für produktionsfördernd halten. Die bayerische Regierung, mit dem hervorragenden Fachmann Herrn Held an der Spitze, wird sich sicher zu dieser Auffassung bekennen. Ob Herr Schacht sich soviel Einsicht fügen wird?

## Die Balkanbefriedung.

### Neutrale Offiziere an die griechisch-bulgarische Grenze.

Genf, 15. Dezember. (WZ.) In dem von Chamberlain verlesenen Bericht über den griechisch-bulgarischen Konflikt ist im wesentlichen festgestellt, daß kein genügender Anlaß zu dem griechischen Vorstoß auf bulgarisches Gebiet vorlag und daß deshalb die griechische Regierung Wiedergutmachungen zu entrichten habe. Ammerich habe die griechische Regierung nicht mit Horbedacht, sondern unter dem Eindruck von übertriebenen Nachrichten von griechischen Posten gehandelt. Aber selbst wenn diese Nachrichten richtig gewesen wären, wäre die griechische Regierung zu keinen militärischen Operationen auf bulgarischem Gebiet berechtigt gewesen, sondern hätte sich auf Maßnahmen auf griechischem Boden beschränken müssen, die für seine Sicherheit vollkommen genügt hätten. Wir glauben, so heißt es in dem Bericht, daß alle Ratsmitglieder unsere Ansicht teilen und sich zugunsten des großen Grundgesetzes aussprechen, daß dann, wenn ein Gebiet ohne ausreichenden Grund verlehrt wird, eine Wiedergutmachung eintreten muß, d. h. auch dann, wenn im Augenblick des Vorfalls das Land, welches die Verletzung beging, glaubte, daß die Umstände sein Vorgehen rechtfertigten.

Was den Grenzschutz anlangt, so sollen die Einzelheiten unter Hinzuziehung zweier neutraler Offiziere, die beide dem gleichen Staat angehören sollen, zwischen den Regierungen vereinbart werden. Außerdem sollen für die nächsten beiden Jahre zwei ständige Schlichtungsausschüsse eingesetzt werden, denen auch je einer der beiden neutralen Offiziere und ein Vertreter des Grenzschutzes angehören sollen. Alle Einzelheiten sollen von der griechischen und bulgarischen mit der schwedischen Regierung vereinbart werden. Die schwedischen Offiziere sollen dem Rat möglichst bald weitere Vorschläge machen. Schließlich sollen dem Völkerbund hinsichtlich der Nachrichtenübermittlung besondere Erleichterungen vor allem durch drahtlose Telegraphie zugestanden werden.

In der Ratssitzung führte Paul Boncour zu dem Bericht aus: Die besonderen von Chamberlain vorgeschlagenen Maßnahmen scheinen mir einen beachtenswerten Präzedenzfall zu schaffen. Die Anwesenheit neutraler Offiziere an schwierigen Grenzpunkten scheint mir eine vorzügliche Maßnahme zu sein. Ich freue mich, daß Chamberlain sich genötigt gesehen hat, sie vorzuschlagen. Schließlich lege ich besonderen Nachdruck auf die Erleichterungen, die den Vertretern des Völkerbundes hinsichtlich der Nachrichtenübermittlung gewährt werden sollen. Diese rein technische Frage kann im Falle der Kriegsgefahr eine außerordentliche Bedeutung erlangen. Ist sie einmal geregelt, so wird sie dem Völkerbund erlauben, mit aller wünschenswerten Raschheit eine Intervention durchzuführen, einer Raschheit, die eine wesentliche Bedingung für die Verhinderung von Kriegen ist.

## Tschitscherin ist befriedigt.

### Von seinen Pariser Besprechungen.

Paris, 16. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der russische Außenminister Tschitscherin hat den Pressevertretern gegenüber sich von dem Ergebnis der Besprechungen mit Briand und anderen französischen Staatsmännern für außerordentlich befriedigt erklärt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die russisch-französischen Verhandlungen, die zwar noch manche Klippe zu umschiffen hätten, bald zu einem konkreten, dem Interesse beider Nationen gerechtfertigenden Abschluß führen werden. Tschitscherin wies

mit besonderer Genugtuung auf den starken Umschwung in der öffentlichen Meinung zahlreicher Länder und besonders in Frankreich zugunsten Sowjetrusslands hin. Er versicherte, daß das Ziel der russischen Politik die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Ländern sei, nicht zuletzt deshalb, weil sie Vorbedingungen für die von Russland angestrebte Reorganisation seiner Wirtschaft seien. Auf der anderen Seite hätten gerade die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt, daß eine Neuorganisation der internationalen Beziehungen auf die Dauer nicht ohne Russland möglich sei. In der ablehnenden Haltung Russlands gegenüber dem Völkerbund habe sich nichts geändert. Nach sowjetrussischer Auffassung könne der Frieden nur durch direkte Abkommen zwischen den einzelnen Ländern besiegelt werden und es sei zu hoffen, daß ein russisch-französisches Abkommen dazu beitrage, Vertragsabschlüsse weiterer Länder mit Russland zu beschleunigen. Dem Vertrag von Locarno, so erklärte Tschitscherin auf eine Frage, stehe die russische Regierung nach wie vor mit ausgesprochener Skepsis gegenüber.

### Interessante Erklärungen Tschitscherins.

London, 16. Dezember. (WZ.) Einem Vertreter des „Observer“ in Paris erklärte Tschitscherin u. a.: Russland hat wiederholt seine Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, seinen Gläubigern entgegenzukommen, um eine Regelung der Schuldenfrage zu vereinbaren. Russland wünscht eine sofortige Regelung der Meinungsverschiedenheiten mit England, was ich auch in Berlin Bolschaster D'Hermon gesagt habe. Eine solche praktische Lösung aller Streitfragen zwischen Russland und anderen Staaten würde die Förderung einer allgemeinen Befriedung bedeuten, und es ist nicht einzusehen, warum Russland zur Erreichung dieses Zweckes in den Völkerbund eintreten soll. Russland ist jedenfalls der Ansicht, daß der Völkerbund in seiner heutigen Zusammensetzung kein wirkliches Friedensinstrument ist, und verweist vor allem die Völkerbundsmagazine hinsichtlich der Ausübung von Zwang einzelner gegen einzelne Staaten. (Was aber hat Moskau mit Georgien gemacht? Red.) Im übrigen können die ständigen Aufforderungen gewisser Völkerbundsmitglieder an Russland zum Eintritt in den Bund Russland um so weniger dazu ermutigen, als sie gerade von Ländern ausgehen, die alle russischen Vorschläge zur Herbeiführung eines gegenseitigen Einvernehmens bisher ablehnten und sich fortwährend im Besitz russischer Gebiete befinden. (Damit verurteilt Tschitscherin eine großrussische Irredentia gegen seine Nachbarn und — wegen Karpatenrussland — auch gegen die Tschechoslowakei. Red.) Was die Frage der Abrüstung angeht, so wird sie schmerzlich praktisch gelöst werden können, solange die sogenannte Sicherheit als ihre Vorbedingung genannt wird. In einer Moskauer Rede hat der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare ein eindeutiges Angebot gemacht, daß Russland unter der Voraussetzung einer allgemeinen Abrüstung nicht nur seine Streitkräfte auflösen, sondern auch seine Kriegsindustrie abschaffen will, und ferner erklärt, daß Russland bereit sei, jedweden Versuch einer auch nur teilweise Abrüstung seine vollste Unterstützung zu geben. Und diese Erklärungen sind keine bloßen Phrasen gewesen. Russland ist wirklich bereit zum Verzicht auf jeden Eroberungskrieg, es hält Heer und Flotte nur zur Verteidigung aufrecht. — Ueber seine Ansicht hinsichtlich der Vorträge von Locarno sagte Tschitscherin schließlich: Wir betrachten diesen Fakt immer noch mit Mißtrauen. Locarno ist vielleicht ein Anfang, aber was für ein Anfang es ist, das kann erst die Zeit offenbaren.

Gegen die „Deutsche Rundschau“ in Bromberg hat die polnische Behörde ein Verbot auf Liquidation des Verlages (Familie Dittmann) erlassen. Das Verbot ist rechtswidrig, weil diese Dittmanns familiär am Stichtag polnische Staatsbürger schon gewesen sind. Man will natürlich noch mehr das Blatt selbst als seine Eigentümer ruinieren!

Amerikanische Beteiligung an der Diskontogesellschaft. Die durch ihre engen Beziehungen zur deutschen Schwerindustrie bekannte Diskontogesellschaft, die zu den größten deutschen Bankinstituten gehört, hat einen, wie es heißt, „kleinen“ Posten ihrer Kommanditanteile an das amerikanische Bankhaus Dillon, Read u. Co. verkauft.

## Die staatsgefährdenden Schwalben.

### Von Resthäkchen.

Der mißliebige Revolutionär und berüchtigte Tendenzdichter Loller hat beinahe während seiner letzten beiden Niederschönenfelder Sommer mit einem in seiner Zelle nistenden Schwalbenpaar verächtlichen Umgang gepflogen. Auf Grund verschiedener Verfügungen des wachsamem Anstaltsdirektors wurde durch energischen Wärterzugriff das Nest des östern zerstört. Leider gelang es der bedrohten Strafvollzugsautorität nicht, wie es dem Sinne der dem Revolutionär auferlegten Strafe entsprechen hätte, das Erbnis zu zerstören, das der unermüdete Kampf der Schwalben um ihre Brutstätte im Herzen des Dichters hinterlassen hatte.

So sehr es im nationalen Interesse zu bedauern ist, stellen nunmehr die „Schwalbenlieder“ des Straßensassen eines der jartesten Erzeugnisse der neuesten deutschen Lyrik dar; die maßgebende Literaturkritik aus allen Lagern hat dies becheinigt, so daß sich regierungsfellig schwerlich etwas einwenden läßt. Eine Ausnahme von diesem einhelligen Urteil macht freilich Herr Adolf Bartels, der Weimarer Anwalt der völkischen Literaturkritik. Herr Adolf Bartels hat nämlich neben seinem Bibliothekszimmer ein chemisches Laboratorium eingerichtet, und läßt sich zugleich mit den Besprechungsgeemplaren allemal die Blutproben der von ihm verurteilten Dichtlinge einfinden. Auf Grund dieser erstgenannten naturwissenschaftlichen Methode der Literaturkritik ist Herr Adolf Bartels zu dem Urteil gelangt, daß das schon an sich verdächtige Schwalbenmüßigkeitsgefühl des Literaten Loller zu jenen spröde-jüdischen Erzeugnissen zählt, die auf eine Verleumdung der kernhaften deutschen Mannesgesinnung abzielen.

Inzwischen haben die dergestalt genugsam gebrandmarkten Schwalbenlieder eine Vertierung erfahren und wandern in dieser von Schramm geschossenen Ausdrucksform über die deutschen Bühnen. Auch das deutsche Nationaltheater vermochte sich in Folge Loller seinen Verpflichtungen gegen das Kunstschaffen der lebenden Generation nicht zu entziehen und ging an eine Aufführung der Schwalbenlieder.

Indessen — wenn die von Herrn Adolf Bartels in Dingen des deutschen Geistes beratenden Ordnungshintermänner, die Dichtkammer nicht wären! Wie die wackeren sieben Schwalben den Langpfeil, so handhaben sie das spitze Rehrhalszünglein an der Landtagswage, und sie würden sich gewiß mit forchten, ebenso tapfer und resolut wie jene gegen das Häselein, so gegen die aufrührerischen Schwalben loszugehen.

Also durchführten Kabinettsorgen das umdüsterte Gemüt des Herrn Ordnungshintermänner, und er zitterte sich am Tage der Vorstellung den Generalmusikdirektor ans Telefon:

„Aber Herr Generalmusikdirektor, wie können Sie mir das antun! Die Schwalbenlieder müssen Sie unbedingt absetzen.“

„Ich verstehe nicht, wie Herr Minister . . .“

„Wie konnten Sie diese Schwalben ins Band lassen, die mir das ganze Ordnungsgesetz verderben können!“

„Ich begreife nicht, Herr Minister, wieso . . .“

„Was seid ihr Künstler doch für Ignoranten in der Staatskunst! Sie wissen doch, wie schwach der völkische Mistel mein Koalitionsgesetz zusammenfällt. Wenn es wegen dieser Schwalben bei Herrn Dinter piept, fällt meine Mehrheit auseinander. Sie müssen die Schwalben unbedingt absetzen!“

„Aus künstlerischen und technischen Gründen ist das leider vollkommen unmöglich —“

„Wie können Sie mir dieses Wort antun. Wo bleibt da mein gerader Ordnungskurs. Ich lasse den Hüller sprechen, und Sie bringen mir diesen erspesslichen Loller hierher!“

„Wir haben eine Viertelstunde vor Beginn. Eine Umbelegung ist nicht mehr möglich . . .“

„Herr Generalmusikdirektor, ich gebe Ihnen die Absetzung im Dienstwege auf!“

„Dann freilich, Herr Minister, werde ich vor die Kampe treten und die Ablegung im dienstlichen Auftrage des Herrn Ministers für Volkabteilung und Justiz aussprechen müssen.“

„Aber das geht doch erst recht nicht! Sie machen mich ja zum Gespött draußen im Reich —“

„Ich kann das Gespött nicht auf meinen künstlerischen Aufleuten.“

„Diese Malesitzschwalben! Lassen Sie sie denn zwischern, in des drei Leufels Namen. Wenn ich aber morgen ein gestürzter Mann bin, haben mich Ihre Schwalben auf dem Gewissen!“

**Bakterien in der Luft.** Schon von verschiedenen Forschern wurde die Luft auf ihren Bakteriengehalt hin untersucht; doch erfolgten diese Untersuchungen gewöhnlich nur, um feststellen zu können, ob bestimmte Bakterien in der Luft enthalten seien. Hierbei ergab sich auch, daß in der freien Luft gewisse Krankheitserreger, wie z. B. Pest-, Diphtherie-, Antrax- und Pneumoniebakterien nicht enthalten sind, wohl aber Tuberkelbazillen, da diese das Ausatmen ohne Schaden vertragen. Außerdem zeigten jene früheren Untersuchungen auch, daß sich unter den Luftbakterien 10 bis 60 Proz. Schimmelpilze befinden.

In jüngster Zeit stellte nun Daranyi neuerdings Luftuntersuchungen an, die gleichfalls sehr bedeutende Ergebnisse lieferten. Nach dem Bericht des Forschers im „Archiv für Hygiene“ enthält die Luft nur jene Bakterien in größerer Menge, denen eine große Widerstandskraft eigen ist. Zu diesen Bakterienformen gehören in erster Linie die Heubakterien verwandte, sporentragende Bazillenarten, die in Mengen bis zu 50 Proz. in der Luft enthalten waren. Ferner fanden sich viele faulnisverregende Bakterien, die aus dem Darmtrakt von Tieren stammen. Sehr gering erwies sich der Luftgehalt an Kolibazillen, die sogar in der Nähe von Dunggruben nur 1 Proz. aller Luftbakterien ausmachten, was aber wohl daran liegt, daß sie das Eintrocknen an der Luft nicht überleben. Dagegen

findet sich in der Zimmerluft eine andere Bakterienform in großer Menge. Es ist der sogenannte Staphylococcus albus, den man am häufigsten in von Menschen bewohnten Räumen und besonders in Schlafzimmern antrifft, während er im Freien seltener vorkommt. Der Grund hierzu liegt darin, daß der Staphylococcus ein ständiger Bewohner der menschlichen Haut ist und sich namentlich in großen Massen in den Ausführungsgängen der Talg- und Schweißdrüsen wie auch in der äußeren Hornschicht aufhält. Schlafzimmerrluft enthält bis zu 93 Proz. Staphylococci, die übrigens nur in sehr seltenen Fällen als Krankheitserreger in Betracht kommen, freie Luft hingegen nur 18 Proz. Endlich ergaben die Untersuchungen noch, daß, besonders in höheren Luftschichten, auch gewisse farbstoffbildende Bakterien enthalten sind.

**Wann ist der kürzeste Tag?** Die meisten werden sagen: am 21. Dezember, das ist aber ein weinverbreiteter Irrtum. Schon pole acht Tage früher, am 13. Dezember, geht's mit dem Licht wieder aufwärts, wenn auch vorerst nur um eine einzige Minute. Der Franzose hat für diesen winzigen Beginn der steigenden Helligkeit das Sprichwort, daß am Tage von St. Lucie „die Helligkeit wächst“, „saut d'une puce“ (um einen Flohsprung). Am 21. Dezember, dem Tage des heiligen Thomas, nimmt das Licht schon zu „um einen Nagensprung“, am Tage vor dem Christfest um einen „Eiselsprung“ und zu Neujahr „um den Schritt eines Serpentes“. Bis zum 17. Januar geht dann die Sonne um soviel früher auf und soviel später unter, daß das Licht bereits um die „Mahlzeit eines Mönchs“ gewachsen ist.

**Das erste Motorship auf dem Atlantischen Ozean.** Während bisher allgemein die Ansicht bestand, daß es nicht möglich sei, große Schiffe mit Motorantrieb für den transatlantischen Passagierdienst zu bauen, hat die Schweden-Amerika-Linie ein mit zwei Sedgwick-Dieselmotoren ausgerüstetes Schiff, die „Gripsholm“, in diesen Verkehr eingestellt. Das Schiff, das größte Motorfahrzeug der Welt, hat auf seiner Jungfernfahrt die Strecke Gotenburg-New York in einer Zeit zurückgelegt, die um fast einen Tag unter der normalen Fahrzeit liegt. Die „Gripsholm“ ist 175 Meter lang und verdrängt 23 500 Tonnen. Sie ist zur Aufnahme von 1916 Passagieren eingerichtet. Die Motore entwickeln 16 300 PS. Wie andere Dampfer besitzt die „Gripsholm“ zwei Schornsteine; in dem einen befindet sich ein Aufzug, der andere dient als Ventilator.

**Bühnenfront!** Die Mühsamertruppe, aus 25 Asergen bestehend, verließ am Donnerstag, täglich 4 Uhr nachmittags, im Vestling-Theater in dem Räthen „Schneewittchen und die sieben Jovige“.

**Der neue Weg.** Das amtliche Organ der Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger, wird ab 1. Januar in vollkommener neuer Ausgestaltung und Ausrichtung als Theaterzeitung erscheinen. Die Schriftleitung hat Herr Emil Böhm übernommen.

**Deutsche Seefahrtsoffiziere.** Der frühere Mekhner Professor Klute und der Hamburger Volkshochschullehrer sind in diesen Tagen von einem mehrmonatigen Aufenthalt in Belgien zurückgekehrt, wo sie nach Schlußnahme von rohem Seehandels- und Fischereigeschäft haben. Im nächsten Frühjahr wollen sie soweit wie möglich nach Nordamerika ziehen, um sich niederzulassen, so daß dort, wie ein amerikanischer Forscher behauptet, noch siedlungsfähiges Land bestünde.

## Geheimer Rat und Spekulant. Hofstein als Börsenspieler entlarvt.

Das System der guten alten Zeit tat sich immer mächtig etwas darauf zugute, nicht nur fähig, sondern auch moralisch intakt zu sein. Der wilhelminische Buzantismus verstand es, den braven Untertan einzufleischen. Die Männer des alten Systems wandelten vor den Augen der „stehenden Menge“ auf olympischen Höhen. Der Spieler begreift erst seit dem Untergang der Monarchien ihre faule Korruptheit. Eine Flut von Memoiren wälzte Massen sinkenden Schlammes aus dem Hofleben Wilhelms II., seiner Adjutanten, Generale und Paladine. Jetzt ist wieder eine Säule des alten Systems auch moralisch geborsten.

Bisher war nur der politische unheilvolle Einfluß des Geheimrats Baron von Hofstein bekannt, der unter drei Kanzlern — Caprivi bis Bülow — des deutschen Kaiserreichs auswärtige Politik mit Memoranden, Denkschriften, Weisungen an Botschafter, Gesandte und Staatssekretäre leitete — ein Untergebener, dessen Schatzsagen selbst Bismarck unheimlich dünkten. Sein Nachlaß ist zum Teil vernichtet — zum Teil der Öffentlichkeit vorzuziehen geblieben. Er wäre für die politische Geheimgeschichte des Kaiserreichs unentbehrlich. Heute morgen veröffentlicht nun das „Berliner Tageblatt“ Briefe Hofsteins — den man bisher zwar politisch für verderblich, aber persönlich für ungeeignet hielt —, die ihn als einen gewöhnlichen Börsenspekulanten entlarren.

Dem „Berliner Tageblatt“ liegt ein Haufen Briefe Hofsteins an seinen Bankier vor. Auch in ihnen ist von Politik die Rede. Aber von der Politik nur, soweit sie die Börsenkurse beeinflusst, soweit man an ihr Markt und Pfennig verdienen kann. Das mögen ein paar Beispiele illustrieren, deren ganzer Reiz sich wohl nur dem erschließt, dem Jargon und Fachsprache der Börse ganz geläufig sind.

Mittwoch Abend. (17. & 18. nach Sicht.)

Ich nehme an, daß nach den übertriebenen Erwartungen dieser Tage der 18. August schlecht sein wird. Zwischen Wilms und heute wird den Sanguinikern noch allerlei Köhles über den Kopf gegossen werden. Deshalb rate ich zu einer Rückprämie August in Diskonto oder Roten. In Rieden muß höchlich schwere Haus-Position sein.

Diskonto waren heute 1/2, Aug. Rückpr. 1 1/2.

Der Rückschlag wird ein lebhafter sein, denn das Publikum ist ja im großen Ganzen pessimistisch und war nur vorübergehend auf falschen Lärm hin erregt worden. — Ich erwarte, daß Sie die jüngsten 6000 an die Rückprämie setzen werden. Wenn Sie Donnerstag oder Freitag etwas gemacht haben und teleg. Antwort erhalten, können Sie mir noch hierher schreiben. Ich bin dann noch hier.

Stets Ihr Phillips.

Donnerstag, 9 Uhr früh.

Ich bin enttäuscht, daß die beiden gestrigen Nachrichten — die zweite war wegen der Darbanellen — nicht mehr gewirkt haben. Auch heute ist, wie Sie sehen, wieder etwas eher unglückliches. Wenn die Kurse fest bleiben, rate ich dringend, daß Sie herausgehen und warten, bis wir etwas wissen. Das kann ja vielleicht sehr bald der Fall sein.

Aber lassen Sie andererseits morgen Witte eine Schwindel-nachricht in die Welt schleudern, so ist unser kleiner Gewinn weg und wir verlieren womöglich noch.

Dies alles sage ich für den Fall, daß Roten sich heute halten. Wenn sie abbrechen, dann können wir mit ansehen.

1893.

Sie wissen natürlich schon, daß Carnot von einem Italiener ermordet ist und daß infolge dessen das Volk in Lyon, wo der Nord vorkam, mehrere Exzesse gegen Italiener begangen hat. — Solche Exzesse werden vielleicht noch mehrere vorkommen, jedenfalls wird man sie fürchten. Deshalb wird heute in Paris Panik für Italiener sein. Also rate ich dringend, heute wenigstens zwei Millionen Italiener mit Prämie laufen.

Demnach wird nun Casimir Perier Präsident und jedenfalls wird der Vorfall nicht lange nachwirken. — Eine solche Gelegenheit kommt nicht leicht wieder, denn Paris wird heute ganz den Kopf verloren haben!

Das Staatsoberhaupt Frankreichs wird ermordet — „eine solche Gelegenheit (zum Spekulieren) kommt nicht wieder“: das ist die Gesinnung, mit der der heimliche Kenner der Außenpolitik Deutschlands die verrückte Lat eines Fanatikers „diskontiert“.

An der Echtheit solcher Briefe ist nicht zu zweifeln. Sie passen in das Charakterbild jenes wahrhaft „Geheimen Rates“, der aus Scheu vor der öffentlichen Verantwortung die Beförderung in ein noch außen sichtbares Amt ablehnt, und Geheimdiplomatie nicht nur mit anderen Staaten, sondern auch seinen nächsten Kollegen gegenüber treibt und sich selber in der Doppelrolle „Börsenspieler und Politiker“ gefällt. So liefern Hofsteins Börsenbriefe ein neues Beispiel, wie das System der Geheimdiplomatie geheime Wachsen erzeugt und nicht die Politik in den Dienst der Wirtschaft, sondern die Politik in den Dienst des Spekulantentums zwingt.

## Wiener Kommunistschwund.

### Das Ende der „Roten Fahne“.

Zum Eingehen der Wiener „Roten Fahne“ schreibt die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ folgende interessante Einzelheiten:

Die „Rote Fahne“ ist seit dem 11. d. M. nicht mehr erschienen. Das Blatt, das es bis auf 2000 Abnehmer gebracht hat, ist bei der Druckerei so stark verschuldet — man erzählt von Schulden in der Höhe von mehr als 800 Millionen Kronen —, daß eine Fortführung des Betriebes aussichtslos erschien. In der Tat wurden schon vor einiger Zeit die Redakteure Brill und Wischniger, der Redaktionsbeamte Schlesinger und der Redaktionsbote Brauner zum 15. Dezember gekündigt; und zwar alle, also auch die Redakteure, vierzehntägig. Es ist eine alte Gepflogenheit der kommunistischen Partei, ihren Angestellten und Redakteuren die in den sozialpolitischen Gesetzen und Kollektivverträgen begründeten Rechte zu verweigern. Die Redakteure und Angestellten der kommunistischen Partei werden tief unter dem Kollektivvertrag, der übrigens Sogung und daher für alle Unternehmer rechtverbindlich ist, bezahlt, die Ansprüche auf die im Gesetz und im Kollektivvertrag vorgesehenen Kündigungsstrafen und Abfertigungen werden mißachtet, kurz, in der „einzigen Arbeiterpartei“ — zweieinhalbtausend Mann stark — sind regelrechte Ausbeuterpraktiken zu Hause. Kommunisten als Arbeitgeber sind ganz besonders sympathische Gestalten. So wie mit den vier jüngst Entlassenen wurde mit den früheren Redakteuren der „Roten Fahne“ Kallischer, Samisch, Reith und eigentümlich mit allen anderen Redakteuren und Redaktionsbeamten verfahren; sie wurden in der Regel fristlos entlassen, bestenfalls wurde ihnen die Gnade einer 14tägigen Kündigungsfrist. Begehre einer der Entlassenen auf, heißt es er die gesetzlich begründete Abfertigung, so wurde ihm mit der Drehung geantwortet, daß er aus der Partei ausgeschlossen werde. Mit diesen Entlassungen, die darauf hinauslaufen, daß die Angestellten einfach auf die Straße geworfen werden, beendet die „Rote Fahne“ vorläufig ihre Tätigkeit — nämlich bis zum nächsten Scheitern aus Moskau.

Die 3500 Mann starke „Littéraire“, „Polizeitruppe“ genannt, soll gemäß dem Londoner Abkommen aufgelöst werden. Sie hat deshalb Kalern besetzt, Offiziere verhaftet usw., um 200 Pfund Entlassungsgelder pro Mann zu erlangen. Man will ihnen nur zwei Monatsgehälter geben.

## Sparfamkeits-Apostel.

Ingefaßt des Umstandes, daß „Sparen“ nur dort angebracht ist, wo „Bargeld“ laßt, ist jeder Versuch, das Volk zur Sparfamkeit erziehen zu wollen, von vornherein mit dem Odium der Lächerlichkeit behaftet. Daß man sogar „Spartomites“ gründet und Sitzungen veranstaltet läßt, ist eine Unterhaltung, die uns nichts angeht, eine Spielerei von Deuten, die eben an Zeit — und Zeit ist Geld — nicht zu sparen brauchen. Daß man aber die Gründung dieses „Spar-Apostel-Klubs“ ausgerechnet im teuersten Hotel der Stadt vor sich gehen läßt, bei einem Fünfuhrtee mit reichlichen Kuchenbeden, Schlaghahne, Vikören und dicken Zigarren — das ist eine Satire, wie sie auch das Hirn des erfindlichsten Grottest-Dichters nicht erfinden könnte! So mag also von diesem Spar-Lee gesprochen sein:

Eine vielgeschätzte Exzellenz hatte als Gründer dieses Sparatoriums zusammengetrommelt. Wie gesagt, im teuersten Hotel. Wie bemerkt zu Lee, Kuchen, Schlaghahne, Vikören und dicken Zigarren! Es war eine pompöse Versammlung sehr ehrenwerter Männer, die sichlich an Garderobe nicht zu sparen gewohnt sind. Prima Stoffe, wie La Pelze und ausgelachte Ladpumps, saßen in der Versammlung. Und preisend mit viel schönen Reden wurde von Sparfamkeit gesprochen, die unserm Volk not tue wie einstmals der Reiter! Und einig, einig, einig war man sich und — wäre auch in der Kardinalfrage einig gewesen, daß der Staat vor allem am Sozialetat zu sparen habe, an den Ausgaben für das Volkswohlfahrtswesen und die Fürsorge. So wäre das hoch zu verstehen, nicht wahr? Wie gesagt: man wäre sich auch darin einig gewesen, wenn nicht in dieser illustren Gesellschaft ein unpassender Mensch gewesen wäre, der dieser merkwürdigen Exzellenz zu sagen wagte, daß — er sagte es etwas höflicher — diese exzellente Sparidee vollendetster Unsinn sei. ... Woraus die Herren Sparapostel bei Kuchen, Schlaghahne und Vikören erstarrten und ihnen die dicken Zigarren fast aus den Mäulern herausgefallen wären.

## Unruhen im Obdachlosen-Asyl.

### Ein Asylist verlegt, 11 verhaftet.

Im Obdachlosen-Asyl in der Fröbelstraße kam es gestern Abend gegen 9 Uhr zu Unruhen der Asylisten, die zu einem Eingreifen der Polizei und zu insgesamt 11 Verhaftungen führten. Unter den Asylisten herrschte wegen der scharfen Kontrolle, die die Kriminalpolizei an den Aufgängen vornimmt, und die zu gewissen Störungen beim Einlaß der Obdachsuchenden führt, lebhaftes Erregung. Als gestern Abend wiederum eine gründliche Kontrolle einlegte, kam es schon auf der Straße zu lärmenden Austritten, die sich im Innenraum fortsetzten und zu Schlägereien mit den diensttuenden Beamten führten. Die sofort alarmierte Schutzpolizei rückte in Stärke von circa 35 bis 40 Mann an und stellte die Ruhe wieder her. Es wurden insgesamt 11 Verhaftungen vorgenommen. Die Festgenommenen werden der Abteilung Ia zur näheren Untersuchung der Affäre vorgeführt, da man als Ursache kommunistische Hezereien vermutet. Ein Asylist wurde verlegt, angeblich jedoch von einem anderen Obdachlosen, mit dem in der allgemeinen Erregung in Streit geraten war. Eine nähere Untersuchung scheint unbedingt erforderlich. Jedenfalls dürften die Unruhen wohl weit mehr durch die fast unerträgliche Kollage der Obdachlosen als durch politische Berührung veranlaßt sein.

Der Direktor des städtischen Obdachloos teilt zu den Vorfällen mit: Am 15. Dezember 1925, abends gegen 9 Uhr, brach im Versammlungssaal des städtischen Obdachloos ein Streit aus, wobei ein Obdachloser erschossen und mit einem Messer gestochen worden ist. Ein Aufseher, der Ruhe stiften wollte, fühlt sich plötzlich hochgehoben und konnte neben einem Hausdiener nur mit Mühe aus dem Versammlungssaal herausgeholt werden. Zum Schutze der Obdachloos und des Personals wurde polizeiliche Hilfe herbeigeholt, die einige Obdachloos, darunter den Verletzten und die Zeugen mit sich nahm. Später traf noch ein verstärktes Polizeiaufgebot im Obdach ein, um für etwaige Vorfälle in der Nacht bereit zu sein. Seit einiger Zeit wird den Aufsehern von Besuchern der Dienst erschwert. Wiederholt mußten Sprecher, die in den Schloßsälen beobachtet wurden, zur Ruhe verwiesen werden.

## Der neue Voßmer-Prozess.

Vor der großen Potsdamer Strafkammer begann heute der Verurteilungsprozess gegen die Gräfin Ellinor v. Voßmer. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Dr. Hellwig. Die Anklage vertreten der Oberstaatsanwalt Plasse und Staatsanwaltschaftsrat Stargardt. Am Eingang des Sitzungssaales liegt eine Anwesenheitsliste aus, in die sich Presse und Personen eintragen müssen, die im Verhandlungsraum Platz nehmen dürfen. Gegen 10 Uhr wird die Angeklagte, Gräfin Voßmer, hereingeführt. Zur Verhandlung, für die acht Tage in Aussicht genommen sind, sind 47 Zeugen geladen. Als medizinische Sachverständige fungieren der Potsdamer Gerichtsarzt, Kreismedizinalrat Dr. Geißler und Dr. Simm, Chefarzt des Sanatoriums Neubabelsberg. Von der Verteidigung, die wieder Justizrat Josefsohn und Dr. Brandt führten, sind neue Zeugen für den Polziner Fall geladen, und auch für die Glaubwürdigkeit der Bandura. Befanlich wurde die Gräfin Ellinor v. Voßmer, geb. Gierde, nach neunundzwanzigster Sitzung am 17. November d. J. wegen Diebstahls in vier Fällen zu insgesamt 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Frau v. Voßmer ist leiblich in Haft und hat im Gefängnis immer wieder ihre Unschuld beteuert. Sie bezeichnet sich als Opfer der Potsdamer Gesellschaft. Verurteilung ist sowohl von der Angeklagten, als auch von der Staatsanwaltschaft eingelegt worden.

Nachdem die Verlesung der Urteilsgründe 2 1/2 Stunden in Anspruch genommen, ermahnte der Vorsitzende die Angeklagte, streng bei der Wahrheit zu bleiben. Der Verdacht sei sehr stark gegen sie und er möchte ihr mitteilen, daß auch der zweite Schreibfachverständige Kriminalkommissar Schneider, Berlin, die Briefe an den katholischen Geistlichen als von ihr, der Gräfin, geschrieben hält. Die Angeklagte bestreitet, die Briefe geschrieben zu haben und beteuert immer wieder ihre Unschuld.

## Berlin und die Charlottenburger Wasserwerke.

Zur Auseinandersetzung der Stadt Berlin mit den privaten Charlottenburger Wasserwerken ist ein Vergleich geplant. Das Nachrichtenamt des Magistrats teilt darüber mit:

Zwischen der Stadt Berlin und der Aktiengesellschaft Charlottenburger Wasserwerke sind heute unter der Leitung des Oberpräsidenten Dr. Raler die Vergleichsverhandlungen betr. die Wasserversorgung von Schöneberg und Steglitz beendet worden. Es ist eine Einigung dahin erzielt, daß die Wasserversorgung von Schöneberg und Steglitz am 1. Oktober 1928 auf die Stadt Berlin übergeht. Zu diesem Zeitpunkt gehen auch das Rohrnetz, die Hausanschlüsse und die Wasserwerke auf die Stadt Berlin über. Die Stadt Berlin zahlt für das übergehende Rohrnetz, die Hausanschlüsse und Wasserwerke einen Preis von 25 Millionen Mark. Bis zum 1. Oktober 1928 verbleibt die vertragmäßige Lieferung des Wassers in Schöneberg und Steglitz den Charlottenburger Wasserwerken. Die gegen die Stadt Berlin erhobene Klage nehmen die Charlottenburger Wasserwerke zurück. Der Vergleich bedarf der Zustimmung der städtischen Körperschaften.

## Das Milieu als Erzieher.

Der Bund entschiedener Schulreformer veranstaltete am Dienstagabend in Werner-Siemens-Realschule eine Versammlung, in der hauptsächlich die Einflüsse des Milieus auf das Kind in Vorträgen behandelt wurden. Die ganze Milieu-Theorie, die ehemals, zurzeit des Naturalismus das größte Aufsehen

erregte, ist heute zu einer Selbstverständlichkeit geworden, aber immer wieder wird vielleicht zu stark die Bedeutung des Einflusses der menschlichen Umgebung gegenüber dem der Sachen und Gegenstände betont; auch diese unbeliebte Umgebung beeinflusst aufs stärkste die Psyche des Kindes. Auf dieser Bahn bewegten sich die Ausführungen Bernfelds, Segals und Lauts, besonders des letzteren, der bereits in der Ausstellung „Die schöne Wohnung“ im Gesundheitshaus neue Wege zur Wohnungsgestaltung gewiesen hatte. In einer typischen Berliner Hinterhauswohnung mit ihren zerrissenen Tapeten und beschmutzten Möbeln taun sich nur schwer ein starkes, gesundes Menschentum entwickeln. Die Wohnungsnot verelendet den Menschen, hier ist eine Reform nötiger als auf manchen anderen Gebieten.

## Vor städtischen Tarifierhöhungen!

In einem Teil der Presse werden heute Mitteilungen über angeblich beabsichtigte Tarifierhöhungen zur Deckung des städtischen Defizits gemacht. Da der Magistrat erst heute vormittag über alle diese Fragen berät, sind schon aus diesem Grunde alle diese Angaben vorläufig nur Kombinationen. Auch gehören die Stadtverordneten zu einer solchen Beschlußfassung noch dazu, und es ist nach unserer Kenntnis ganz ausgeschlossen, daß die Stadtverordnetenversammlung für die Befestigung des Defizits den Weg einer Tarifierhöhung sei es bei der Straßenbahn, sei es bei den städtischen Werken geht. Morgen vormittag tritt der städtische Haushaltsausschuß zur Beratung dieser Frage zusammen und erst dann wird sich ergeben, welcher Beitrag wirklich durch Neueinnahmen hereingebracht werden muß. Der Haushaltsausschuß wird die Bewilligung von Neueinnahmen zweifellos erst dann vornehmen, wenn die Lage des Haushalts nach allen Seiten hin genau geprüft worden ist. Steht sich dann die Notwendigkeit der Beschaffung neuer Einnahmen als unvermeidlich heraus, dann gibt es vor der Erhöhung der Tarife noch andere Mittel, diesen Zweck zu erreichen. Es wäre deshalb richtiger, nicht durch falsche Warnmeldungen eine ganz unberechtigte Beunruhigung des Publikums herbeizuführen.

## Volknot und Hohenzollernforderungen.

Die SPD. Schöneberg-Friedenau hatte gestern Abend nach der Schlußfeier im Fichte-Gymnasium in der Kolonnenstraße zu einer Kundgebung unter der Devise „Die Rot des Volkes und die Forderung der Hohenzollern“ aufgerufen. Genosse Harzay, Mitglied des englischen Parlaments und des Generalrats der englischen Gewerkschaften war einer bringenden Abkündigung in England wegen am geplanten Erscheinen verhindert, hat aber in einem ausführlichen Schreiben den deutschen Genossen seinen Gruß. Der Hauptreferent des Abends, Genosse Landtagsabgeordneter Reier, behandelte dann eingehend das Thema des Abends und lebhaft ging die Versammlung mit seinen temperamentvollen Ausführungen mit. Wie der Redner eine Denkschrift des Wohlfahrtsministeriums „Die Wirtschaftnot“ des Proletariats erwähnt, erschallt der Ruf „Nahlen angeben“. Genosse Reier nennt erschütternde Ziffern. Bitterste Not spiegeln sie, und die Arbeiter im Saal werden tief von ihnen gepackt. In Düsseldorf verstarben in der ersten Hälfte des Jahres 1924 22 Personen infolge der Ernährungs-schwierigkeiten; das ist nur so ein einzelner Satz aus der Denkschrift des Wohlfahrtsministers. Wie aber mag nun ein solches Dokument, das für 1925 Gültigkeit hat, aussehen? Wie grauam und grotesk muß es wirken, neben dem Dokument des Hohenzollernvergleichs? Es ist bekannt, wie unerhöht die Forderungen des „anarchistischen Herrscherhauses“ sind. Dabei ist es geradezu toll, auf Grund welcher Manipulationen die Hohenzollern, die arm ins Land gekommen sind, in den Besitz ihrer sogenannten Eigentümergeben. Besonders Wilhelm II. gehörte genau wie jeder andere Schieber wegen mancherlei Mißbrauchs seiner Amtsgewalt vor ein Gericht gestellt, wenn auch der Wunsch verständlich ist, diesen Ritter von der traurigen Gestalt überhaupt nicht mehr leben zu wollen. Die Vermögensfragen der ehemaligen Fürsten sind politische Fragen, die nur gelöst werden dürfen im Interesse der Republik. Der neue Vergleichsvorschlag des Finanzministers liegt nicht in diesem Interesse und infolgedessen wird dieser Vergleich im Falle einer Abkündigung im preussischen Landtag von der Sozialdemokratie abgelehnt werden. Möglicherweise ist es, daß es schließlich zu einem Volksentscheid kommt, aber fraglich darf es jedenfalls bestimmt nicht sein, daß in dieser ganzen Angelegenheit die deutsche Arbeiterkraft unter allen Umständen einheitlich handeln muß. Wie einheitliches und zielbewusstes Handeln hierbei von den Kommunisten aufgefaßt wird, bewiesen sie zum Schluß durch einige Tumulten, in denen sie ihrem Kerger darüber Luft machten, daß es ihnen bei dieser öffentlichen Kundgebung verwehrt sein sollte, ihr spezielles Parteiappell zu machen. Nur durch das energische Vorgehen der Versammlungsleiter gelang es schließlich, die im übrigen hervorragende verkaufte Kundgebung durch einen weiteren Vortragsvortrag und durch ein begeistertes aufgenommenes Hoch auf die Sozialdemokratie zu Ende zu führen.

Infolge der Glätte, die durch den täglichen Schneefall und anhaltenden Frost hervorgerufen ist, stürzten gestern wieder eine größere Anzahl von Personen, die sich mehr oder minder gefährliche Verletzungen zuzogen. So stürzte gestern Abend in der Belle-Alliance-Straße eine 21-jährige Hausangestellte aus Südende und zog sich einen Knochenbruch zu. Sie wurde durch einen Wagen des städtischen Rettungsamtes nach dem Krankenhaus am Urban transportiert. Erneut muß die dringende Rechnung an die Hausangestellte gerichtet werden, daß der Schnee beseitigt und der Streuverpflichtung unverzüglich nachgekommen wird.

Ein Ueberfall? Vielen Berliner Zeitungen ging heute vormittag eine telefonische Meldung zu, nach der heute Nacht ein Journalist in der Nähe der Mauritiusstraße in Plötzberg überfallen worden sei. Es handelte sich um eine Nachgehörung der Völkischen da sich dieser Journalist eingehend mit der Entdeckung der Fremde beschaftigt haben soll. Wertwüdig ist allerdings, daß nichts auf dem Polizeipräsidium von diesem Ueberfall bis in den Mittagstunden bekannt war. Besonders auffallend ist auch, daß die Meldung, die den Zeitungen zugehört wurde, nicht von dem Ueberfallenen stammt. Das Polizeipräsidium teilte mit, daß zu derselben Zeit, in der der Ueberfall — es war 2 Uhr nachts — stattgefunden haben soll, eine doppelte Polizeistreife gerade diese Gegend Lichtenbergs abfuhr.

## Einsturzkatastrophe im Steinbruch.

### Acht Arbeiter getötet.

Potsdam, 16. Dezember. (M.B.) Gestern mittag ereignete sich im Steinbruch der Firma Bornhagen u. Schädel in Schwiebe bei Fürstentum ein schweres Unglück. Durch herabstürzende Felsmassen wurden fünf Arbeiter erschlagen, die bisher noch nicht geborgen werden konnten. Drei weitere Arbeiter wurden durch nachrollende Felsmassen erschlagen und drei andere schwer verletzt. Die acht getöteten Arbeiter waren sämtlich verheiratet. Die Bergung der Verschütteten dürfte einige Zeit in Anspruch nehmen.

Eine weitere Meldung befragt: Von den Opfern des Unglücks in Fürstentum sind bisher drei Tote geborgen. In der Bergung der fünf weiteren Toten arbeiten Tag und Nacht 200 Mann, ihre Freilegung dürfte längere Zeit in Anspruch nehmen. Von den drei Verletzten befindet sich keiner in Lebensgefahr. Alle Getöteten sind Familienmänner mit zum Teil vielen Kindern. Das Unglück wird darauf zurückgeführt, daß geirregtes Wasser die Fels- und Erdmassen sprengte.

# Die englisch-russischen Verhandlungen.

## Ein Interview mit Leipart.

Bevor das englisch-russische Beratungskomitee seinen bekannnten Beschluß gefaßt hat, hat der Vertreter des „Daily Herald“ dem Vorsitzenden des IGB, Genossen Leipart, über die Frage der Herstellung der Gewerkschaftseinheit eine Reihe von Fragen gestellt. Die Fragen wurden, ebenso wie sie gestellt wurden, schriftlich beantwortet. Dieses schriftliche „Interview“ hat folgenden Wortlaut:

**Frage 1:** Wenn, wie zu erwarten, die englisch-russische Konferenz die Fortführung ihrer bisherigen Politik beschließt, würden Sie diese Entwicklung bedauern oder begrüßen?

**Antwort:** Wenn die englisch-russische Konferenz die Fortführung ihrer bisherigen Politik beschließt, würde ich diese Entwicklung nicht begrüßen können. Denn es müßte dadurch der Anschein erweckt werden, daß die englischen Gewerkschaften sich bewußt mit den Beschlüssen des IGB in Amsterdam in Widerspruch setzen wollen. Eine solche Politik der englischen Gewerkschaften würde ich nicht gutheißen können.

**Frage 2:** Was ist Ihre Meinung über die englische Auffassung, daß die Amsterdamer Internationale mit zweierlei Maß mißt, daß sie einerseits den russisch-englischen Vorschlag zur Einberufung einer unverbundlichen Konferenz ablehnt und andererseits sich angeblich um die Mitgliedschaft der weit rechts stehenden amerikanischen Gewerkschaften bemüht.

**Antwort:** Mir ist bisher nicht bekannt geworden, daß in England die Auffassung herrscht, die Amsterdamer Internationale müsse mit zweierlei Maß. Richtig ist, daß Amsterdam sich um die Mitgliedschaft der amerikanischen Gewerkschaften bemüht. Diese Bemühungen beschränken sich jedoch keineswegs auf die Gewerkschaften Amerikas, sondern sind gerichtet auch an die Gewerkschaften in allen übrigen außereuropäischen Ländern. Unrichtig ist, daß Amsterdam die Aufnahme der russischen Gewerkschaften ablehnt. Im Gegenteil, auch die russischen Gewerkschaften sind vom IGB wiederholt, erstmals auf dem Londoner Kongress im Jahre 1920 und seitdem immer aufs neue zum Anschluß an den IGB von ihm aufgefordert worden.

**Frage 3:** Sind die amerikanischen Pressemeldungen wahr, daß Amsterdam sogar bereit ist, um den amerikanischen Gewerkschaften entgegenzukommen, seine Statuten zu modifizieren? Wenn ja, begrüßen Sie diese Entwicklung? Wenn nein, halten Sie sie für wünschenswert oder für ablehnenswert?

**Antwort:** Die Behauptung, daß Amsterdam sogar bereit wäre, um den amerikanischen Gewerkschaften entgegenzukommen, seine Statuten zu ändern, ist mir bisher noch nicht zu Ohren gekommen. Sie ist auch unwahr. Es ist im Vorstand des IGB, und auch in seinem Ausschuß hieron noch nie die Rede gewesen. Anträge auf Änderung der Statuten können nur von solchen Gewerkschaften gestellt werden, die Mitglied des IGB sind. Ueber solche Anträge hat alsdann nicht der Vorstand des IGB zu entscheiden, sondern sie müssen dem Internationalen Gewerkschaftskongress zur Entscheidung vorgelegt werden.

**Frage 4:** Glauben Sie, daß eine Einigung der internationalen Gewerkschaftsbewegung unter den bestehenden Umständen überhaupt möglich ist und auf welcher Grundlage?

**Antwort:** Ich glaube an die Möglichkeit einer Einigung der internationalen Gewerkschaftsbewegung unter der Voraussetzung, daß die in Frage kommenden Gewerkschaftsbewegungen in Wirklichkeit freie und politisch unabhängige Organisationen darstellen. Der Zusammenschluß dieser unabhängigen Gewerkschaftsorganisationen in einer gemeinsamen internationalen Verbindung ist auf der Grundlage der Statuten des IGB in Amsterdam jederzeit möglich, insbesondere auch aus dem Grunde, weil die Statuten des IGB die volle Autonomie jeder Landeszentrale durchaus anerkennen. Eine Einigung mit den russischen Gewerkschaften halte ich solange für unmöglich, als sie ihr Verhältnis zur kommunistischen Internationale aufrechterhalten. Die kommunistische Partei hat nach meinen Erfahrungen bewiesen, daß sie den Gewerkschaftskampf als solchen überhaupt ablehnt und die Gewerkschaftsorganisationen nur als Mittel für ihre politischen Parteibestrebungen gebrauchen will.

Dieses Interview erschien in der Sonnabendnummer des „Daily Herald“ in folgender „abgekürzter“ Form:

„Die Haltung der Führer der deutschen Sozialdemokratie ist der englisch-russischen Entscheidung gegenüber, für die Einheit weiterzuarbeiten, nicht günstig, wie ich feststelle. Sie wurde für mich von Herrn Leipart, dem Präsidenten des IGB, zusammengefaßt. Herr Leipart befragte die englisch-russische Resolution. „Sie“, meinte er, „scheint anzudeuten, daß die britischen Gewerkschaften sich bewußt in Gegensatz zu Amsterdam stellen, eine Politik, die ich nicht gutheißen kann.“

Herr Leipart gab zu, daß Amsterdam versucht, die American N. O. B. heranzubekommen, während man (d. h. Amsterdam) den Russen ablehnend gegenübersteht („opposing“ — das man auch als bekämpfen übersetzen kann. Red. d. A.). Aber, sagte er, die Bemühungen Amsterdams sind nicht allein auf Amerika gerichtet, sondern auf alle nichteuropäischen Gewerkschaftsorganisationen.

Die Russen würden auch willkommen sein, sagte er, wenn sie ihre Verbindung zur kommunistischen Partei lösen würden. Die alleinige Basis für die internationale Gewerkschaftseinheit sei, erklärte Leipart, die absolute Unabhängigkeit des IGB von politischen Organisationen.“

Der Unterschied zwischen den tatsächlichen Äußerungen des Genossen Leipart und dem Auszug aus diesen Äußerungen, den der „Daily Herald“ veröffentlichte, springt in die Augen. Leipart erklärt ausdrücklich, es sei unrichtig, daß Amsterdam die Aufnahme der russischen Gewerkschaften ablehnt. Im Gegenteil läßt er hinzu, „auch die russischen Gewerkschaften sind wiederholt vom IGB zum Anschluß aufgefordert worden“. Im „Daily Herald“ aber sieht, Genosse Leipart habe zu gegeben, daß der IGB wohl die amerikanischen Gewerkschaften aufnehmen möchte, aber den russischen Gewerkschaften ablehnend gegenübersteht („while

opposing the Russians“). Das ist gerade das Gegenteil von dem, was Genosse Leipart erklärte.

Auf derselben Höhe steht die Wiedergabe der Äußerungen Leiparts in bezug auf die Voraussetzungen für den Anschluß an den IGB. Leipart erklärte, daß er an die Möglichkeit einer Einigung glaube, deren Voraussetzung freie und politisch unabhängige Organisationen bilden. Unter der Aufrechterhaltung der vollen Autonomie jeder Landeszentrale, also auch der russischen, könne aber der Anschluß der russischen Gewerkschaften nur dann vollzogen werden, wenn diese ihr Verhältnis zur kommunistischen Internationale löse, die bekanntlich den IGB aufs schärfste bekämpft. Im „Daily Herald“ wird an Stelle der Internationale die kommunistische Partei genannt. Da Leipart ausdrücklich vorher die volle Autonomie jeder Landeszentrale betonte, somit also auch das Recht für die russischen Gewerkschaften, in organischer Verbindung mit der kommunistischen Partei Rußlands zu bleiben, bedeutet sinngemäß die Äußerung Leiparts, daß man nicht gleichzeitig zwei Internationalen angehören kann, wozu die eine die andere bekämpft. Welche Politik die Gewerkschaften eines Landes innerhalb ihrer Landesgrenzen verfolgen, bleibt unberührt.

Der Berliner Korrespondent des „Daily Herald“ hat die ausführlichen Darlegungen Leiparts im Kabelstil nach London telegraphiert. Wenn darin auch nicht eine „Fälschung“ zu erblicken sein mag, von der hier zunächst die Rede war, so ist die „gedrängte Wiedergabe“ solcher Äußerungen doch angefüllt mit Spannungen schon gefährlich genug und, wie an obigem Beispiel ersichtlich, durchaus geeignet, bei den englischen Arbeitern falsche Vorstellungen zu erwecken.

### Den deutschen Unternehmern ins Stammbuch.

„Seit mehreren Jahren schon haben wir das große Bedauern, Sie von unserer Genossenschaft über die Haltung unserer Betriebsräte und Ausschüsse zu unterrichten. Auch im letzten Geschäftsjahre konnten wir mit Ihrem Eifer und Ihrer Hingabe nur zufrieden sein.“ Wie im Vorjahre schloßen wir Ihnen deshalb vor 7 1/2 Millionen Franken des Geschäftsergebnisses sozialen Ansehen auszuführen.“

Die deutschen Unternehmer brauchen nicht zu erschrecken. Es handelt sich nicht um eine deutsche, es handelt sich nur um eine belgisch-luxemburgische Firma, die sich in solchen Worten und Taten gegen den Geist echten deutschen Unternehmertums vergeht. Die Arbeiter und Angestellten der „Acieries Reunis de Burbach-Eich-Düdelange“ (Vereinigte Stahlwerke von Burbach-Eich-Düdelange), um die es sich handelt, sind ebensowenig harmoniebuselig und werkgemeinschaftsfreundlich wie die Belegschaften deutscher Montan- und Stahlwerke. Sie werden ebenso viel Gewicht auf reinliche Trennung und scharfe Entgegensetzung der Profits- und Lohninteressen der Unternehmer- und Arbeiterschaft legen, wie ihre Arbeitskollegen in Deutschland. Das entspricht auch nur den selbstverständlichen Gesetzen des kapitalistischen Systems, das die Verteilung des Produktionsertrages dem Kampf der Klassen überweist. Aber im Gegensatz zu ihren deutschen Kollegen scheinen die Ausschüsse und Aktionäre der Burbach-Eich-Düdelange, wie es sich gehört, das nur für selbstverständlich zu halten; nicht aber für eine besondere Bosheit und Niedertracht der Gewerkschaften oder der Sozialdemokratie. Ueber den Fleiß und die korrekte Erfüllung der im Arbeitsvertrag übernommenen Pflichten durch die Belegschaft kann sich kein deutscher Unternehmer beklagen. Im Gegenteil: gerade französische, belgische und luxemburgische Unternehmer sind über jeden deutschen Arbeiter froh, den sie einstellen können. Was aber den deutschen Unternehmern fehlt, das ist der Takt und die Höflichkeit, die erfüllte Vertragspflicht anzuerkennen, ohne aus der Haut ihrer Arbeiterschaft noch einmal besondere Riemen zu schneiden, wenn die Geschäfte gut oder wenn die Geschäfte aus eigenem Verschulden der Unternehmer schlecht gehen. Hätten sie mehr von diesem Takt ihrer französischen Kollegen, sie bräuhnten nicht so trummere Wege zu gehen, wie die kürzlich enthüllten der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, um die deutsche Arbeiterschaft zu einer „Realpolitik“ zu bekehren, wie die Unternehmer sie auffassen.

### Der Reichstarif in der Konfektion.

Der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband hatte für die in der Herren-, Knaben- und Burschentaenktion Beschäftigten zum Dienstagabend nach den Russischen eine öffentliche Versammlung einberufen, um zu der Kündigung des Reichstarifs durch die Unternehmer Stellung zu nehmen. Die Unternehmer der Konfektion haben nicht nur den Reichstarif zum 31. Januar gekündigt, um Verschlechterungen in den Arbeitsbedingungen durchzuführen, sie wollen auch die Löhne abbauen. In der Summikonfektion haben sie bereits eine Akkordförmung um 20 Proz. durchgeführt. Die gekündigten Verhandlungen zum Neuantritt des am 30. November abgelaufenen Lohnabkommens sind ein weiterer Beweis für die reaktionären Ansätze der Unternehmer. Die Unternehmer der Konfektion wollen getreu den Weisungen der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände versuchen, durch Lohnabbau und Beseitigung des Kollektivarbeitsvertrages die Wirtschaftskrise auf Kosten der Arbeiterschaft zu beheben. Bloß sowohl als Lehmann vom Bekleidungsarbeiterverband zeigten den Versammelten, daß nicht zulezt durch das Bestehen von zwei sich bekämpfenden Organisationen und die dadurch geförderte Interessenslosigkeit der Unorganisierten das Unternehmertum zu seinem herausfordernden Auftreten einmühtig wurde. Die Ausführungen der beiden Redner klangen darin aus, alle Kräfte in den wenigen Wochen bis zum Ablauf des Reichstarifs aufzubieten, um die noch abseits stehenden an den Ernst der Lage aufmerksam zu machen und sie der

### Organisation, dem Deutschen Bekleidungsarbeiterverband, zuzuführen.

Der Vorsitzende der „oppositionellen“ Bekleidungsarbeiter Schumacher, der nach dem Genossen Bloog das Wort erhalten hatte, propagierte mit den üblichen Seitenhieben auf den Bekleidungsarbeiterverband die Einheitsfront. Er sicherte den im Bekleidungsarbeiterverband Organisierten bei einem eventuellen Streik die vollste Solidarität der im Oppositionsverband Organisierten zu. Er empfahl der Versammlung die Annahme einer Entschlieung, in der der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband und der Oppositionsverband zu sofortigen Verhandlungen über die Aufstellung eines gemeinsamen Kampfprogramms aufgefordert wird, um die Durchsetzung der aufgestellten Forderungen zu erreichen. Schumacher wie auch seine Anhänger wissen ganz gut, daß ihnen oft genug Gelegenheit geboten wurde, in die Reihen des Bekleidungsarbeiterverbandes zurückzukehren. Der weitere Verlauf der Versammlung zeigte, daß die Leute um Schumacher die Versammlung hauptsächlich zur Agitation für ihre Sonderorganisation ausnutzen wollten. Nachdem 14 Diskussionsredner beider Richtungen in mehr oder minder sachlicher Form die Versammlung bis auf einen festen Stamm Oppositioneller leergeredet hatten, fand die vom Bekleidungsarbeiterverband eingebrachte Entschlieung keine Mehrheit mehr. Die „Opposition“ kann den zweifelhaften Erfolg für sich buchen, daß die erschienenen Unorganisierten, anstatt aufgelöst, noch mehr verwirrt wurden.

### Unbillige Härte.

Eine Reinmachefrau, die im Jahre 1921 im städtischen Krankenhaus Hasenheide beschäftigt war, hatte sich mehrere Gebrauchsgegenstände von geringem Wert angeeignet und wurde deshalb vom Strafgericht zu einem Tage Gefängnis unter Zubilligung einer Bewährungsfrist verurteilt. Später hat die Frau dann in anderen städtischen Instituten vorübergehend gearbeitet. Inzwischen war die Bewährungsfrist ohne Zwischenfall verstrichen. In letzter Zeit war sie seit Monaten wieder in einer städtischen Anstalt als Reinmachefrau beschäftigt. Sie würde hier wohl eine dauernde Arbeitsstelle gehabt haben, wenn ihr nicht die „Vorstrafe“ aus dem Jahre 1921 zum Verhängnis geworden wäre. Bei dem Eintritt in ihr letztes Arbeitsverhältnis hatte die Frau ihre Vorstrafe nicht erwähnt, aber die Verwaltung hat schließlich doch Kenntnis davon erhalten und der Frau gekündigt.

Der Angefallenen trat die Kündigung beim Gewerbegericht als unbillige Härte an. Er berief sich auf einen Erlass des Magistrats aus dem Jahre 1922, welcher besagt, daß bestrafte Personen aus sozialen Gründen die Rückkehr ins bürgerliche Leben nicht erschwert werden dürfe und daß deshalb Arbeitnehmer, deren Bestrafung längere Zeit zurückliege und die, denen eine Bewährungsfrist zuerkannt sei, an geeigneter Stelle weiter zu beschäftigen seien.

Das Gericht unter Vorhild des Magistratsrats Schuch kam zu dem Urteil, daß mit Rücksicht auf den erwähnten Erlass des Magistrats die Kündigung der Klägerin als unbillige Härte anzusehen sei. Die Klägerin habe untergeordnete Dienste in einem Krankenhaus verrichtet. Das sei eine im Sinne des Magistratsrats geeignete Stelle, wo sie auch ferner beschäftigt werden könne, denn dort biete sich keine Gelegenheit zu Eigentumsvergehen. Die beklagte Verwaltung wurde verurteilt, die Klägerin weiter zu beschäftigen oder ihr eine Entschädigung von 50 M. zu zahlen.

### Weihnachtsunterstützung der Maschinisten und Heizer.

Dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer wird uns mitgeteilt:

Laut Beschluß unserer Ortsverwaltung vom 1. November d. J. erhalten die arbeitslosen und invaliden Kollegen eine einmalige Weihnachtsunterstützung in Höhe von 20 M.

Der Betrag wird ausgezahlt an arbeitslose Kollegen, die bis zum 6. Dezember noch arbeitslos waren und am Tage der Auszahlung noch arbeitslos sind. Die invaliden Kollegen haben den Nachweis ihrer Invalidität zu erbringen.

Die Auszahlung erfolgt am Montag, den 21. Dezember, in der Zeit von 9 Uhr morgens bis mittags 1 Uhr in unserem Ortsbureau, Engelauer 24/25, Aufgang C., Zimmer 97. Sämtliche Unterstützungsgesuche von arbeitslosen und invaliden Kollegen sind mit vorstehendem erledigt und erhalten die Kollegen auf Grund ihrer Unterstützungsgesuche keine schriftliche Mitteilung mehr.

### Der Berliner Ortsauschuß des IGB hat zu morgen.

Donnerstagabend 6 1/2 Uhr, nach den Andreas-Besäulen (Kleiner Saal), Andreasstraße 21, eine Plenarversammlung einberufen. Auf der Tagesordnung steht das Washingtoner Abkommen und der Achtstundentag. Referent ist Kollege Eggert, unser Bundesvorsitzender des IGB. Einladung und Delegiertenkarte gelten als Ausweis.

Gesperrte Gastwirksbetriebe. Wie uns der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten mitteilt, sind die folgenden Gastwirksbetriebe für organisierte Arbeitnehmer gesperrt: Restaurant „Königsklasse“, Inh. Fild, Münzstraße; Haderpeter Frankfurter Allee 327, Ecke Petersburger Straße; Inh. Ernestine Buchholz; Stadthalle „Weihensee“, Pistoriusstraße, Inh. Heiden; Palais des Ostens, Inh. Pfeilstifter, Warschauer Straße 34/35; Prälaten des Ostens, Große Frankfurter Straße 16; Restaurant Fr. Paarmann, Oberbaumstraße 1; Restaurant Hoppe, Kottbusser Damm 21.

Für die mir zu meinem sechzigsten Geburtstage aus Partei- und Gewerkschaftskreisen zahlreich zugegangenen Glückwünsche und Aufmerksamkeit sage ich auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank. Oswald Schumann.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten H.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Kurt Schumacher; Gewerkschaftsbewegung: J. Gieseler; Sozialdemokratie: R. D. Schiller; Sozialismus: Carl Kasper; Sozialismus: H. Glöck; Journalik: Berlin; Berlin: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Fortschritt-Verlag; und Verlagsanstalt „Voll-Sinn“ u. Co., Berlin SW 68, Unter den Eichen 7

**Berliner Elektriker-Genossenschaft**  
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe  
Berlin N 24, Elsassstr. 36-38  
Telefon: Nord 1198  
Filiale Westen, Wilmersdorf  
Lantshauserstr. 4 - Tel. Pilsburg 953  
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel  
Ausführung sämtl. Reparaturen  
Preiswerte, gediegene Arbeit

**A. Behelm - Schwarzbachs Kaufmännische Privatschule**  
(Inh. F. Eggert)  
Neukölln, Anmeldung, Ganghoferstr. 1  
und Berliner Str. 82 (Privatwohnung)  
Besuch neuer 1/2-Jahres- und 1/4-Jahres-Lehrpläne. - Ferner: Neukölln 106A

**Tapeten**  
25 Pf. 30 Pf. 35 Pf.  
Wienanwahl in allen Vertikalen — herrliche Muster  
Tapeten für Puppenstuben — Linoleum u. Fußmatten  
**Tapeten-Magazin Humboldt**  
Brunnenstraße 112, Ecke Voltastraße  
mit 1. Stock, rein Laden  
(Minutrel. daher konstanter Glas-Betrieb)  
Bereitete erhält 1/2 Kabell

**Kristall, Schildpatt, Silber, Elfenbein.**  
**Kopp & Joseph,**  
Ber in W., Potsdamer Str. 122

**Küchen**  
Riesen-Auswahl, enorm preiswert!  
Anrichte-Küche fertig ... 55 K. 130 K.  
Anrichte-Küche fertig ... 95 K. 150 K.  
Anrichte-Küche fertig ... 150 K. 215 K.  
Küchenschrank, 10 m ... 35 K. 55 K.  
**Kücheneinzel-Fabrik**  
Laserslein, Ludauer Straße 1  
Ecke Oranienstr., nahe Moritzplatz

**Korbmöbel**  
eigener Herstellung in geliebten Ausführungen kaufen sie bei gr. Auswahl vorzeigbar u. billig im  
**Spezial-Korbmöbelhaus**  
**Edmund Vogt**  
Neukölln, Berliner Str. 14, Nähe Hermannplatz.  
Tel.: Reichstr. 2254, Zahlungsvereinfachung.

**Adolf Hoffmann**  
**Episoden und Zwischenrufe**  
aus der Parlaments- und Ministerzeit.  
Preis 1 Mark. Vork. 5 Pfennig.  
Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

**Rheumatismus** ist schmerzhaft, seinen Gliedmaßen, Gesicht, Muskel- und Gliederschmerzen, Brust- und Rückenschmerzen, Geschwulst u. m. wird mit großem Erfolg angewandt mein seit Jahren als vorzüglich anerkannter  
**Verb. Burgunder-Pedipflaster**  
Stück 1 St., bei 3 Stück Vorfr. frei Haus  
Nur allein rät bei  
**Berlin N 21.**  
Swinowdader Str. 41, Fernspr. Humboldt 3121.

Neuerschienen:  
**Abreißkalender 1926**  
Preis 2.- M.  
**Kinderland 1926**  
Preis 1.25 M.  
Zu haben in allen Vorwärts-Editionen, in der Buchhandlung J. H. W. Diez Nachfolger, Lindenstr. 2 und in der Vorwärts-Buchdruckerei, Lindenstraße 3, 4, Hof, 3 Treppen im Kontor.